58. Jahrgang No. 37

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 23. Januar 1910

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Teleph.: Amt I. Nr. 10131 – 10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. I, Wienerstr. I–3, Frankfurter Allee 61–62, Gr. Frankfurterstr. 31 u. 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm, Schulzendorferstr. 27, Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 8, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 33, Leipzigerstr. 103, Bülowstr. 69, Charlottenburg, Kantstr. 81, Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 38, Lichtenberg, Frankfurt. Chauss. 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlinerstr. 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Weissensee, König-Chausee 61b, Wilmersdorf, Uhlandstr. 68/69.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Bürgerkunde.

In unseren Schulen wird vieles und vielerlei gelehrt; viel Nützliches und viel Ueberflüssiges. Bei dem Ueberflüssigen denke man an den konfessionellen Gedächtnisdrill, der Herz und Geist leer läßt und der schlimmste Feind wahrer, tiefinnerlicher Religiosität ist. Aber eins wird in der Schule nicht gelehrt: Man bezeichnet die verschiedensten Seiten dieser Lücke, dieses Nicht-„Lehrgegenstandes", mit dem Worte „Bürgerkunde". Der deutsche Schüler erfährt von den ältesten Völkern, er erfährt von Griechen und Römern die gleichgültigsten Dinge; er hat sein Hirn vollzupfropfen mit einem Schlachtenkatalog von unendlicher Länge. Aber von der Verfassung des Staates, in den er hineingeboren ist, erfährt er nichts; von den Bürgerrechten, die er dereinst haben wird oder die ihm dereinst — nawürlich in dem herrlichen Preußen — vorenthalten bleiben, wenn er mündig ist, von denen erfährt er in der Schule nichts. Das Traurige ist, daß dieses nichts ein Ausfluß des Systems ist, das in dem Junkerstaat Preußen dem Schulwesen zugrunde liegt.

Die Verteidiger dieses Systems sagen uns nicht, daß die öffentlichen Schulen Veranstaltungen zur bestmöglichen Mitteilung des modernen Wissensschatzes an die heranwachsende Generation sind; sie sagen uns vielmehr mit der größten Ungeniertheit, daß die öffentlichen Schulen Tendenzanstalten sind zur Hervorbringung von frommen und fürstentreuen „Untertanen". Sogar die Universitäten sollen nach den leider autoritativen Aussprüchen höchster Bureaukraten lediglich dazu da sein, „Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Königstreue" in möglichst reichlichem Maße zu erzeugen. Die Wissenschaft, die sich Selbstzweck sein sollte, wird dadurch in die Magdstellung des Mittels zum Zweck gedrängt. Aus dieser Schiefheit, aus dieser bewußten und planmäßigen Verschiebung und Verwirrung der eigentlichen Aufgaben der öffentlichen Bildungsstätten ergibt sich ihre von freieren Geistern oft beklagte Unzulänglichkeit als Pflanzstätten von höchstem wissenschaftlichem Wert. Sie sind Drillanstalten für die Zwecke der herrschenden Klassen, für die Anschauungen, für die Bedürfnisse dieser Klassen. Das ist der Grund, warum von diesen so gearteten Lehranstalten ferngehalten wird der Unterricht in der „Bürgerkunde". Denn wenn der Stand unseres Verfassungswesens dargelegt werden soll, dann muß auch die Geschichte des deutschen und preußischen Verfassungslebens erzählt werden. Wenn den Schülern das preußische Wahlrecht erklärt werden soll, dann muß ihnen auch erklärt werden, wie es entstanden und warum es so geworden ist, wie es ist. Das aber würde bedeuten, daß der Lehrer den Schülern die Geschichte der preußischen Reaktion erzählen, daß er ihnen den Sinn der konstitutionellen Monarchie deuten, daß er ihnen berichten muß von den Verfolgungen derer, die den „modernen" Staat haben schaffen helfen; von den Ränken derer, die der Schaffung des „modernen" Staates aus egoistischen Beweggründen entgegengearbeitet haben. Kurzum: In dem Moment, wo „Bürgerkunde" gelehrt wird, wird notgedrungen das Sündenregister der bürgerfeindlichen Elemente des Staates aufgerollt. Diese innere Notwendigkeit, die sich aus der Natur der bisher versemten Bürgerkunde ergibt, sie ist das heiße Eisen, das die preußische Reaktion sich anzufassen scheut. Nur daher kommt es, daß in unseren Schulen vieles, vielerlei und viel überflüssiges gelehrt wird, indes selbst die Anfangsgründe der Staatslehre und die einfachsten Grundlagen des Staatslebens gemieden werden wie ein Verbrechen, das man an der Jugend begehen könnte, wenn man sie über die wichtigsten Beziehungen des Staatsbürgers zum Staate selbst irgendwie objektiv aufklärte.

Immer dringender wird allerdings der Unterricht in der Bürgerkunde verlangt. Aber darf man sich einer Täuschung darüber hingeben, wie dieser Unterricht jetzt, bei dem herrschenden System, ausfallen würde? Wie der Religionsunterricht nicht als objektive Religionsgeschichte erteilt wird, sondern als Tendenzunterricht zu dem bestimmten Zwecke, eine staatlich approbierte Gottesfürchtigkeit zu erzielen (nach dem Goethe'schen Wort: „Sie denken, duckt er da, duckt er wo anders auch"); wie der Unterricht in der Geschichte erteilt wird, als ob sich die ganze Weltgeschichte nur abgewickelt habe, damit die jeweils angestammten Fürstenhäuser im Glanze einzigartiger Größe erstrahlen; so wird, daß dürfen wir nach Lage der Dinge gewiß sein, die Bürgerkunde unerbittlich so zugestutzt werden, daß sie brauchbar wird als eine Verteidigung und Verhimmelung der herrschenden Zustände und der herrschenden Kaste.

Die Grundzüge einer dem herrschenden System angepaßten Bürgerkunde würden durchaus den konservativen Anschauungen und Bedürfnissen entsprechen, denen zurzeit das ganze preußische Regierungssystem auf den Leib zugeschnitten ist. Jeder konservative Parteiführer würde bereit sein, das Programm einer solchen Bürgerkunde zu entwerfen. Er brauchte nur die tatsächlichen Verhältnisse abzuschreiben. Danach wäre der Staat ein Institut zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt des adeligen Grundbesitzes, aber der übrigen Interessen nur insoweit, als die in erster Reihe zu berücksichtigten Interessen jener Kaste nicht beeinträchtigt werden. Der Staat soll blühen und gedeihen; darum muß alles geschehen, was der wichtigsten Klasse der Staatsangehörigen, was der Landwirtschaft vor allem zugute kommt: Die Leute, die als adelige Großbauern Kartoffeln zu pflanzen, Sprit, Regierungsreferendare und Gardeleutnants zu erzeugen pflegen, müssen als die Hauptstützen von Thron und Altar mit den Segnungen der Gesetzgebung in erster Reihe beglückt werden. Sie sind der wesentlichste Machtfaktor in der Verfassung; die Rechte der Krone selbst sind nur insoweit gerechtfertigt, als sie mit den Herrschaftsansprüchen der maßgebenden Kaste nicht kollidieren. Diesen Grundlagen der Verfassung muß das Wahlrecht angepaßt sein, wie dies bei dem klassischen Dreiklassenwahlrecht in Preußen in bewunderungswürdiger Weise der Fall ist. Und so weiter, und so weiter. Nichts leichter, als die politische Praxis, wie sie sich im preußischen Junkerstaat herausgebildet hat, in ein „bürgerkundliches" System zu bringen! Entsprechend der berühmten „Wald- und Wiesenreligion", deren sich einmal ein konservativer Führer im Parlament als seines für alle Fälle ausreichenden geistigen Besitzes gerühmt hat, (während das Volk im orthodoxen Dogmen- und Buchstabenglauben erzogen werden muß), würde man also auch mit der größten Leichtigkeit eine schulgerechte Staatslehre, eine schulgerechte Bürgerkunde zurechtdrechseln können, wenn es nötig wäre, der öffentlichen Meinung äußerlich nachzugeben. . . .

Wir bitten alle Freunde der Einführung der „Bürgerkunde" als Unterrichtsgegenstand, freundlichst zu bedenken, welches Schicksal zurzeit diesem Unterrichtsgegenstande namentlich in Preußen beschieden sein würde: Letzten Endes würde bei den heutigen Verhältnissen dieser Unterrichtsgegenstand auf eine konservative Propaganda-Agitation hinauslaufen. Da ist denn doch eine viel bessere, zuverlässigere, wertvollere, ethisch höherstehende Lehrerin des Volkes in politischer Beziehung die unabhängige, volksfreundliche Presse. Sie belehrt das Volk täglich über seine politischen Pflichten und Rechte, und sie tut dies nicht, um der herrschenden Reaktion willfährige, stumme, gehorsame Schafe in die Hürden zu treiben, sondern sie tut dies, um das Volk aufzuklären und geschickt zu machen zu dem erfolgreichen Kampfe gegen die herrschende reaktionäre Kaste, die unser Vaterland, wie sie es schon im Jahre 1806 getan hat, in eine viel schlimmere Katastrophe drängen wird, wenn das Volk sich nicht rechtzeitig seiner reaktionären Bedränger erwehrt. Diese „Bürgerkunde" ist ungleich wichtiger, richtiger und nützlicher, als das Zerrbild von „Bürgerkunde", mit dem gegebenenfalls der gerade und gesunde Sinn der Schuljugend innerhalb der Schulwände verwirrt und verdorben werden würde.

Der Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrrevier.

Vor leeren Bänken und unter Bekundung offensichtlichster Teilnahmlosigkeit verhandelte gestern das Abgeordnetenhaus über die Zwangsarbeitsnachweisinterpellation des Zentrums, die Herr Trimborn vorgestern mehr als lauwarm begründet hatte. Man merkte es der ganzen Behandlung der eminent wichtigen Angelegenheit an, daß man die Interpellation nur eingebracht hatte, weil man nicht anders konnte, und die junkerliche Mehrheit des Hauses zeigte wieder einmal, daß soziale Not und Arbeiterinteressen ihr gleichgültig sind. Ja, wenn es sich um agrarische Liebesgaben gehandelt hätte. . . !

Herr Sydow, der neueste preußische Gewerbsminister, gab die Antwort, die man erwartet hatte. Sie war ein zweiter Aufguß der Rede, die Herr Delbrück über dasselbe Thema im Reichstage gehalten hatte. Herr Sydow verschanzte sich hinter dem Koalitionsrecht der Bergherren und betonte, daß er sie zum Aufgeben ihres Arbeitsnachweises nicht zwingen könne. Immerhin scheinen die energischen Kundgebungen in der arbeiterfreundlichen Presse sowie die Rüstungen der Arbeiter selbst einigen Eindruck auf den Minister gemacht zu haben. Denn er ist wenigstens, wie er gestern mittteilte, mit den Zechenbesitzern in Verbindung getreten und teilte als Ergebnis seiner Verhandlungen aus diesen mit, daß die beiden beidenlichsten Bestimmungen im Statut, nämlich die Unzulässigkeit der Benutzung des Arbeitsnachweises, wenn der Arbeiter keinen Kündigungsnachweis vorlegen konnte, und die Möglichkeit, den Arbeiter an irgendwelche andere ihm nicht erwünschte Orte zu verschicken, inzwischen ausgemerzt seien. Eine Beschränkung der Freizügigkeit sei also, so sagte der Minister vertrauenselig, nicht mehr zu befürchten. Man wird abwarten müssen, ob und wie diese „Zugeständnisse" von den Bergherren werden ausgeführt werden. Die leicht zu befriedigenden Redner der bürgerlichen Parteien aber waren von diesem „Erfolg" des Ministers, der im übrigen die altbewährte ministerielle Schaukelpolitik vertrat, hoch entzückt, auch der freisinnige Abgeordnete Gyßling; die Scharfmacher von den Konservativen und Nationalliberalen rückten gegen die Arbeiter scharf ins Feld, und sie lobten die „Loyalität" der Bergherren über den grünen Klee. Einzig der sozialdemokratische Abgeordnete Leinert suchte den „verehrten Anwesenden", wie er sich unter der Heiterkeit des Hauses ausdrückte, klarzumachen, daß der Zwangsarbeitsnachweis von den Zechenbesitzern nur ersonnen sei, um die Arbeiter unter ihr Joch zu zwingen, und er wies auf die Gefahr eines Brandes im Ruhrrevier hin. Der Minister warf ihm dagegen vor, daß er unter dem Mantel der Arbeiterfreundlichkeit nur die parteipolitischen Zwecke der Sozialdemokratie fördern wolle. Die Bergarbeiter werden von dieser Behandlung ihrer Sache nichts weniger als erbaut sein. Zu Anfang der Sitzung hatten bei der Beratung des Etats der Münzverwaltung verschiedene Abgeordnete ihrer berechtigten Abneigung gegen das unkünstlerische, ja geschmacklose neue Fünfundzwanzigpfennigstück, die „Spielmarke", Ausdruck gegeben. Morgen steht der Landwirtschaftsetat auf der Tagesordnung.

Eine neue Reichstagsersatzwahl?

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat, wie wir bereits berichteten, die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Kleyne, der im September 1908 in der Ersatzwahl im braunschweigischen Wahlkreise Helmstedt-Wolfenbüttel gewählt worden war, für ungültig erklärt. Wird dieser Beschluß vom Plenum des Reichstages akzeptiert, so muß eine neue Ersatzwahl in diesem Wahlkreise stattfinden. Herr Kleyne hatte 1908 in der Hauptwahl 11,422 Stimmen erhalten, während 7910 Stimmen auf einen sozialdemokratischen Kandidaten und 5912 Stimmen auf den Welfen Dedekind entfielen. In der Stichwahl siegte Kleyne mit 15,427 gegen 8894 sozialdemokratische Stimmen. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 war der Nationalliberale v. Kaufmann im ersten Wahlgange gegen 7989 sozialdemokratische und 4876 welfische Stimmen gewählt worden. Der Bund der Landwirte hatte bei den Wahlen im Jahre 1903 einen Husarenritt in diesen Wahlkreis unternommen in der Hoffnung, ihn den Nationalliberalen zu entreißen; es war den Bündlern aber nicht gelungen, ihren Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Seitdem unterblieb die Aufstellung eines bündlerischen Kandidaten. Sollte es jetzt zur Ersatzwahl kommen, so wollen die Bündler wieder im Trüben fischen. Das Organ des „Bundes der Landwirte" schreibt:

> Bei einer Reichstagsersatzwahl wird man sehr vorsichtig in der Auswahl des Kandidaten sein müssen. Der Bund der Landwirte wird ein kräftiges Wörtlein mitzureden haben.

Hoffentlich verbitten sich die Nationalliberalen die Einmischung, die der Bund der Landwirte versuchen will, auf das Entschiedenste. Die Art und Weise des Vorgehens, das den Bündlern gegenüber den Nationalliberalen in Hannover beliebt, müßte, so sollte man annehmen, für die nationalliberale Partei jedes Paktieren mit dem Bunde zur Unmöglichkeit machen. Und wenn es der Bund wagen wollte, hier wieder eine eigene Kandidatur aufzustellen, so werden ihm hoffentlich die Anhänger der Linken in diesem Wahlkreise zu einem wohlverdienten Fiasko verhelfen.

Noch eine Jugendorganisation.

Die junge Garde in Schwarz.

In der klerikal-junkerlichen „Kreuzzeitung" lesen wir:

> Von einer **katholischen Jugendbewegung** ist in der Oeffentlichkeit bis jetzt noch nicht viel bekannt geworden. Deshalb dürften einige Angaben von Interesse sein, die wir in einer ausführlichen Darstellung dieser offenbar recht kräftigen Bewegung in der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 57) entnehmen. Die **junge Garde**, über die die deutschen Katholiken verfügen, steht fest und geschlossen da. Sie ist in **rund 2000 Vereinigungen** organisiert und wird auf eine Viertelmillion Köpfe geschätzt. Die Ziele der katholischen Jugendarbeit sind: Vertiefung des katholischen Glaubenslebens, Stärkung des Charakters und Ausweitung des Interesses für die persönlichen Aufgaben wie für die der Allgemeinheit. Die Tätigkeit der Jugendvereine setzt bei den Vierzehnjährigen nach der Schulentlassung ein und erstreckt sich bis nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres, sie soll im gewissen Sinne die Erziehung in der Fortbildungsschule ergänzen.
>
> Daß diese konfessionellen Jugendvereine in erster Linie katholisch-religiösen Charakter haben, ist selbstverständlich. Beispielsweise zählt der Köln-Mülheimer Bezirk unter seinen 43 Vereinen mit rund 5000 Mitgliedern zwar keinen einzigen Gebetverein, aber es finden in ihnen, die **alle einen geistlichen Präses** haben, Gottesdienst, Sakramentenempfang, Exerzitienbesuch, dogmatische und apologetische Belehrung eifrigste Pflege. Aber in organischem Zusammenhange mit diesen religiösen Arbeiten verfolgen sie auch weltliche Ziele, wie Gesundheit, Wehrkraft und Bildung. Sie haben Turnriegen, Stenographie- und Sanitätskurse, Bibliotheken, Lesezirkel, Dilettantenbühnen, Gesangsabteilungen, Besprechungen und Vorträge aus allen Gebieten des Wissens, gemeinsame Besichtigungen, Theaterbesuche usw. Auch eine Stellenvermittelung ist eingerichtet. Bei allen diesen Arbeiten müssen die Jugendlichen mitschaffen. Sie müssen auch agitieren, an der Aufrechterhaltung der Disziplin mitarbeiten, für das Vereinsorgan Sorge tragen, Vereinszeitschriften verbreiten usw. Auf diese Weise werden sie auch **praktisch geschult, um späterhin für das „konfessionslose" Zentrum wertvolle Dienste zu leisten.**

Also eine politische Vorschule in bester Form. Das Berliner Polizeipräsidium hat vor kurzem die Jugendorganisation aufgelöst, die es für eine sozialdemokratische Vorschule hielt. Wir sind begierig zu erfahren, was nunmehr mit der „jungen Garde" des Zentrums geschieht.